



Geschäftsführung Finanzausschuss

Herr Müller (20)

Telefon: (0221) 221-24649

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Mueller6@stadt-koeln.de

Datum: 07.06.2023

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 15.05.2023, 14:33 Uhr bis 15:54 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Manfred Richter	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Ulrike Kessing	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Ralf Klemm	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Sandra Schneeloch	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Polina Frebel	SPD in Vertretung für Herrn Homann
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Christian Achtelik	Volt

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD
Herr Walter Wortmann	Die FRAKTION
Herr Lino Hammer	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Henning Lenz	Auf Vorschlag der Linken
Herr Niklas Schmickler	Auf Vorschlag der FDP
Herr Dr. Olivier Fuchs	Auf Vorschlag von Volt

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter Ascan Egerer
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter William Wolfgramm
Herr Beigeordneter Stefan Charles
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Beigeordneter Andree Haack

Schriftführer

Herr Michael Müller (20)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Mike Homann SPD

Beratende Mitglieder

Herr Michael Hoffmann CDU

Herr Julian Kampa Auf Vorschlag der SPD

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er weist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung.

RM Petelkau bittet wegen Beratungsbedarf um Vertagung der Tagesordnungspunkte 10.5 und 10.5.1.

RM Joisten, RM Breite und RM Achtelik stimmen dem zu, aber weisen zugleich darauf hin, dass eine Entscheidung zu diesem wichtigen Thema in der nächsten Sitzung erfolgen müsse.

RM Boyens betont, eine Vertagung sei nicht nachvollziehbar und ein Unding gegenüber den Beschäftigten der Kliniken der Stadt Köln. Damit werde der Rat seiner Verantwortung nicht gerecht.

RM Schneeloch bittet, diese Tagesordnungspunkte zumindest aufzurufen, damit Fragen gestellt werden können.

RM Joisten bittet um Vertagung der Tagesordnungspunkte 7.4, 10.17 und 10.22. Die Verwaltung solle zu Tagesordnungspunkt 10.22 die vom Rechnungsprüfungsamt gewünschten Abstimmungen umsetzen.

Zudem regt er an, Tagesordnungspunkt 10.21 ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Er bittet zudem um die Behandlung des Tagesordnungspunktes 10.1 aus dem nicht-öffentlichen Teil im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Herr Beigeordneter Greitemann weist darauf hin, dass dies aus vergaberechtlichen Gründen nicht möglich sei.

Der Ausschuss ist damit und mit folgender Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2 Mitteilungen der Verwaltung und Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 2.1 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung 1514/2023
 - 2.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung

Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 08.11.2022
- Öffentlicher Teil -
hier: TOP 8.2 Prüfbericht Festsetzung und Erhebung der Kulturförderabgabe bei 21/Steueramt
4078/2022
 - 2.3 Kommunalverfassungsbeschwerde und Klagen gegen Gemeindefinanzierungsgesetz
0580/2023
 - 2.4 Bevölkerungsentwicklung in Köln 2022
0948/2023
 - 2.5 Sachstandsbericht zum Änderungsantrag AN/2693/2021 und Beantwortung der Anfrage des Finanzausschusses aus der Sitzung vom 13.06.2022 zur Vorlage 1844/2022
0964/2023
 - 2.6 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 28.02.2023
0965/2023
 - 2.7 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 31.03.2023
1233/2023
 - 2.8 Beantwortung der Fragen zu den Berichtszahlen der Bundesstatistik § 8a SGB VIII Meldungen 2. Halbjahr 2022
1272/2023
 - 2.9 Abschlussbericht Sanierung der RDA-Schächte
1452/2023

- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.1 Fortführung des Förderprogramms „Gleichstellung von Frauen und Männern“
1308/2023
- 6 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates**
- 6.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/ den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW
- 6.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023/2024 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024
1374/2023
- 6.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022
1375/2023
- 6.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO
- 6.3 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2023
0886/2023
- 7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**
- 7.1 hier: Zuschuss für den Marienburger SC 1920 e. V. zur Errichtung einer 3-Feld-Tennis-Traglufthalle auf der Sportanlage Schillingsrotter Straße 99 in Köln-Rodenkirchen
0011/2023
- 7.2 Ersatzbeschaffung von acht Kolonnenfahrzeugen als E-Fahrzeuge für den Bereich Stadtgrün
0608/2023

- 7.3 Ersatzbeschaffung von sechs Kolonnenfahrzeugen als E-Fahrzeuge für den Bereich Friedhöfe
0613/2023
- 7.4 Aufwertung Neumarkt - Arbeitspaket 1 „Mobilität“
Baubeschluss für die attraktivere Verbindung der Platzinnenfläche sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1002, Platzgestaltung (Öffentl. Platzflächen).
1011/2023
zurückgestellt
- 8 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 9 Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 10 Allgemeine Vorlagen**
- 10.1 Beauftragung der Kölner Schulbaugesellschaft mbH mit dem Bau der Grundschule Friedenstraße, Köln-Porz
0059/2022
- 10.2 Korrekturen zur Fortschreibung des 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte - Neubau / Erweiterung / Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer (1356/2022)
1356/2022/1
- 10.3 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18
Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 2 auf eine Nutzlänge von 60 m
2751/2022
- 10.4 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages
0409/2023
- 10.5 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell
0551/2023
- 10.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 20.04.2023
AN/0653/2023
- 10.6 Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
0555/2023
- 10.7 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche mindestens einer Investorin oder eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes
0604/2023

- 10.8 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2023/24
0624/2023
- 10.9 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2023 im Stadtbezirk Nippes -
Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer
0736/2023
- 10.10 Fahrplanwechsel 2023 - Einrichtung einer TaxiBus-Linie in Klettenberg
0811/2023
- 10.11 Verlängerung der Anmietung des Standortes Ringstr. 38-44 in 50996 Köln-Ro-
denkirchen zur Unterbringung von Geflüchteten
0922/2023
- 10.12 Wirtschaftsplan 2023 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirt-
schaftsbetrieb der Stadt Köln
1006/2023
- 10.13 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs-
und Kreditermächtigungen
1056/2023
- 10.14 Projekte zur Prävention vor sexualisierter Gewalt im Bereich der Offenen Kin-
der- und Jugendarbeit, Teilplan 0604, hier: Mittelfreigabe der im Rahmen des
2. VN Verwaltung zugesetzten Konnexitätsausgleichsmittel
4304/2022
- 10.15 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2024
0392/2023
- 10.16 Finanzierung der Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem
Neumarkt als Teilprojekt der gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des
Neumarkt-Areals
1232/2023
- 10.17 Schnellbuslinie 91 zwischen Dormagen und Brühl über Köln-Worringen und
Köln-Weiden West
hier: Fortführung der Mitfinanzierung des Betriebs der Schnellbuslinie 91 (SB
91)
0810/2023
zurückgestellt
- 10.18 Wirtschaftsplan der Bühnen Köln für die Spielzeit 2023/24
1005/2023
Von der Verwaltung zurückgezogen
- 10.19 Grundsatzbeschluss für den Neustart der Bühnen Köln am Offenbachplatz ab
der Spielzeit 2024/25 auf Basis der actori-Gutachten // Langfristige Anmietung
des Depots in Köln-Mülheim // Aufbau einer Tanzsparte an den Bühnen Köln
1126/2023

Von der Verwaltung zurückgezogen

- 10.20 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße
3038/2022
- 10.21 Aktualisierte Bedarfsfeststellung Unterbringungsplätze für Geflüchtete
1050/2023
- 10.22 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Erarbeitung einer Klimaneutralitätsstrategie für den Bauhof des Amtes für Verkehrsmanagement
1077/2023
zurückgestellt
- 11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 12 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2 Mitteilungen der Verwaltung und Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2.1 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung
1514/2023**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

- 2.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung

Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 08.11.2022
- Öffentlicher Teil -
hier: TOP 8.2 Prüfbericht Festsetzung und Erhebung der Kulturförderabgabe bei 21/Steueramt
4078/2022**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

- 2.3 Kommunalverfassungsbeschwerde und Klagen gegen Gemeindefinanzierungsgesetz
0580/2023**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

- 2.4 Bevölkerungsentwicklung in Köln 2022
0948/2023**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

- 2.5 Sachstandsbericht zum Änderungsantrag AN/2693/2021 und Beantwortung der Anfrage des Finanzausschusses aus der Sitzung vom 13.06.2022 zur Vorlage 1844/2022
0964/2023**

RM Breite kritisiert den vorliegenden Sachstandsbericht, der sich mit der Historischen Mitte beschäftige. Dieser enthalte keinerlei Zahlen zu den erwarteten Kosten. Zudem sei bemerkenswert, dass alle Anträge der Volt-Fraktion negativ beschieden werden. Er sorge sich auch um das leerstehende Gebäude des ehemaligen Stadtmuseums.

Herr Beigeordneter Greitemann weist darauf hin, dass für den anstehenden Baubeschluss selbstverständlich alle erforderlichen Zahlen aufbereitet und transparent dargestellt werden.

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**2.6 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:
28.02.2023
0965/2023**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**2.7 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:
31.03.2023
1233/2023**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**2.8 Beantwortung der Fragen zu den Berichtszahlen der Bundesstatistik §
8a SGB VIII Meldungen 2. Halbjahr 2022
1272/2023**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**2.9 Abschlussbericht Sanierung der RDA-Schächte
1452/2023**

RM Klemm bittet um eine Erläuterung.

Die Verwaltung berichtet, dass die Druckprüfung ergeben habe, dass eine nachträgliche Ertüchtigung der RDA-Schächte nicht notwendig sei. Auf die Berichterstattung im Rechnungsprüfungsausschuss werde verwiesen.

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**5.1 Fortführung des Förderprogramms „Gleichstellung von Frauen und Männern“
1308/2023**

Beschluss:

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt:

1. die Fortführung des Förderprogramms „Gleichstellung von Frauen und Männern“.
2. die zur Finanzierung der Maßnahme im Haushaltsplan 2023/2024 in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Gleichstellung

von Frauen und Männern in der Produktgruppe 0111 – Sonstige Innere Verwaltung veranschlagten Mittel iHv je 100.000 € aus Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen in die Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen umzuschichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

6.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/ den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

6.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023/2024 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024 1374/2023

RM Joisten fragt, wie es zu der Fehleinschätzung kommen konnte, dass der Breitbandausbau konsumtiv statt wie nun vorgesehen investiv gebucht werden müsse.

Frau Stadtkämmerin Professor Dr. Diemert berichtet, dass zur Anmeldung der Maßnahme im Haushaltsplan 2020/2021 nicht alle für eine abschließende Entscheidung notwendigen Daten vorgelegen hätten. Erst nach Prüfung aller Details stehe jetzt fest, dass eine investive Verbuchung richtig sei.

Der Finanzausschuss nimmt die haushaltsrechtliche Unterrichtung zur Kenntnis.

6.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022 1375/2023

Der Finanzausschuss nimmt die haushaltsrechtliche Unterrichtung zur Kenntnis.

6.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO

6.3 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2023 0886/2023

Der Finanzausschuss nimmt die haushaltsrechtliche Unterrichtung zur Kenntnis.

7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes

7.1 hier: Zuschuss für den Marienburger SC 1920 e. V. zur Errichtung einer 3-Feld-Tennis-Traglufthalle auf der Sportanlage Schillingsrotter Straße 99 in Köln-Rodenkirchen 0011/2023

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 334.558,82 € im Teilfinanzplan des Sportamtes in der Produktgruppe 0801 - Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 11 – Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen, Finanzstelle 5200-0801-0-AZ01 - aRAP pRAP - Sportbaubeihilfe, zur Gewährung eines städtischen Zuschusses an den Marienburger SC 1920 e. V. zur Errichtung einer 3-Feld-Tennis-Traglufthalle im Haushaltsjahr 2023 auf der Sportanlage Schillingsrotter Straße 99 in Köln-Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

7.2 Ersatzbeschaffung von acht Kolonnenfahrzeugen als E-Fahrzeuge für den Bereich Stadtgrün 0608/2023

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1.189.542 € im Teilfinanzplan des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen in der Produktgruppe 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 Beschaffungen Kfz, Haushaltsplan 2023/2024, Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

7.3 Ersatzbeschaffung von sechs Kolonnenfahrzeugen als E-Fahrzeuge für den Bereich Friedhöfe 0613/2023

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 769.634,88 € im Teilfinanzplan des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen in der Produktgruppe 1303, Friedhöfe und Krematorium, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 0000-1303-0-0002 Beschaffungen beweglichen Anlagevermögens (KFZ) Haushaltsplan 2023/2024, Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**7.4 Aufwertung Neumarkt - Arbeitspaket 1 „Mobilität“
Baubeschluss für die attraktivere Verbindung der Platzinnenfläche sowie
Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanz-
stelle 6601-1201-0-1002, Platzgestaltung (Öffentl. Platzflächen).
1011/2023**

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

8 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen

9 Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Beauftragung der Kölner Schulbaugesellschaft mbH mit dem Bau der
Grundschule Friedenstraße, Köln-Porz
0059/2022**

Beschluss in der Fassung der Bezirksvertretung Porz:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt geändert zu beschließen:

Der Rat beschließt, als erste Schulbaumaßnahme die Kölner Schulbaugesellschaft mbH mit der Planung und dem Neubau einer 2-zügigen Grundschule in der Friedenstraße, Köln-Porz (Gemarkung Elsdorf, Flurstücke 789,790 und 508) zu beauftragen.

Darüber hinaus fordert der Rat die Verwaltung auf, die Kölner Schulbaugesellschaft unverzüglich mit dem notwendigen Personal, nicht nur einer hauptamtlichen Geschäftsführung, zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke einstimmig zugestimmt

**10.2 Korrekturen zur Fortschreibung des 2. Maßnahmenpakets für Schulbau-
projekte - Neubau / Erweiterung / Generalsanierung von Schulgebäuden
durch Total- oder Generalunternehmer (1356/2022)
1356/2022/1**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Korrekturen zur Fortschreibung des 2. Maßnahmenpaketes Schulbau - Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmen ("GU/TU-Maßnahmenpaket II") wie im korrigierten Reintext der Maßnahmen (Anlage 9a) beschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke einstimmig zugestimmt

10.3 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18 Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bau- phase 2 auf eine Nutzlänge von 60 m 2751/2022

RM Schneeloch schlägt vor, in der Fassung des Verkehrsausschusses zu beschließen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

SE Hammer berichtet, die Bedenken der Bezirksvertretung Lindenthal seien mit dem Beschluss im Verkehrsausschuss ausgeräumt worden.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt geändert zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt - vorbehaltlich des rechtskräftigen Baurechts - den Ausbau der Bahnsteige der 6 Haltestellen Schlebusch, Odenthaler Str., Leuchterstr., Am Emberg, Von-Sparr-Str. und Stegerwaldsiedlung (2. Bauphase) auf eine Nutzlänge von 60 m im Rahmen der Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18.

Die Gesamtkosten dieser zweiten Bauphase (Planungs- und Baukosten) vor Förderung betragen voraussichtlich ca. 11,2 Mio. € netto. Durch die Übertragung der Durchführung der Maßnahme an die KVB AG umfasst der Beschluss die Erstattung des städtischen Eigenanteils (nach Abzug von Fördermitteln) an den Investitionskosten von rd. 2,5 Mio. € netto an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB AG).

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2023 die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung i. H. v. 636.600 € für die v.g. Maßnahme im Teilfinanzplan des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau in der Produktgruppe 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9003, L 4, 13 u. 18 - Bst.-Verlängerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Kommt es im Rahmen der Bautätigkeiten zu temporären Einschränkungen der barrierefreien Erreichbarkeit von Haltestellen, so sind barrierearme Mobilitätsalternativen anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10.4 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages 0409/2023

RM Schneeloch verweist auf die Diskussion im Wirtschaftsausschuss und betont, dass eine zweite Geschäftsführung für die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH als notwendig erachtet werde. Von der Verwaltung werde ein Sachstandsbericht zur Sitzung des Finanzausschusses im Oktober 2023 über den Fortschritt bei der Besetzung erwartet.

RM Joisten sagt, seine Fraktion werde die Änderung des Gesellschaftsvertrages nicht mittragen. Die Verwaltung habe keine überzeugende Nachfolgeregelung getroffen, obwohl der Wechsel bereits seit langem absehbar gewesen sei.

RM Tokyürek sagt, ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Die bewährte Struktur müsse erhalten bleiben. Eine zweite Geschäftsführung mit Verbindung zur Verwaltung sei wichtig.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erklärt sich mit der in dieser Vorlage beschriebenen Neufassung des § 7 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen dieses Beschlusses als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - zugestimmt

10.5 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell 0551/2023

10.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 20.04.2023 AN/0653/2023

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die als Tischvorlage verteilte zusätzliche Anlage 6 und weist darauf hin, dass unter Bezug auf die zur Tagesordnung geführte Diskussion zur Vorlage heute kein Beschluss erfolge, gleichwohl aber weiterführende Fragen gestellt werden können.

RM Schneeloch betont, dass die Entscheidung über die Zukunft der Kliniken der Stadt Köln gGmbH eine der wichtigsten der laufenden Wahlperiode sei. Die Zeit dränge hart. Es seien bereits viele Gespräche geführt und Fragen beantwortet worden. Ihre Fraktion sei beschlussfähig. Es gebe drei Alternativen: Insolvenz, Privatisierung oder das Zukunftsmodell. Es handle sich bei dem Verwaltungsvorschlag um eine zukunftsweisende Entscheidung zugunsten der Beschäftigten und der Gesundheitsversorgung im rechtsrheinischen Köln. Sie verweist auf die laufend entstehenden Defizite. Die Politik müsse ihrer Verantwortung gerecht werden und die Entscheidung vor der Sommerpause treffen. Der Wirtschaftsplan für die Jahre ab 2024 könne dann erarbeitet werden und voraussichtlich auch noch dieses Jahr vorliegen.

RM Petelkau dankt den Beteiligten für das Engagement und verweist auf das bereits terminierte Fachgespräch mit der Verwaltung, welches es abzuwarten gelte. Es handle sich um eine wichtige, schwierige und monetär bedeutsame Entscheidung, deren Auswirkungen für den Haushalt der Stadt Köln noch nicht ausreichend klar seien. Es sei wichtig, nachzufassen und Details zu klären. Seine Fraktion habe weitere Fragen:

- Was würde die Annahme des Änderungsantrages der SPD in finanzieller Hinsicht bedeuten – insbesondere im Hinblick auf die weitere Krankenhausnutzung des Standortes Holweide?
- Was wäre die Folge für den Haushalt, wenn auf den Verkauf der Grundstücke verzichtet werden würde? Denn Wohnungen für die Beschäftigten der Kliniken werden dringend benötigt.
- Die Verwaltungsvorlage beruhe auf einer Modellrechnung, zu der noch Unklarheiten bestehen.

Wie stichhaltig sind die einzelnen Treiber der Modellrechnung? Für die Entscheidung sei ein solides Fundament wichtig, denn die im Rahmen des Sanierungsfahrplans früher vorgelegten Zahlen beruhten auf Annahmen, die sich im

Nachgang als falsch herausgestellt hätten. So bestehen auch jetzt Zweifel an der unterstellten Arbeitskräfteentwicklung und den zu erzielenden Synergien.

- Wie gehen wir mit den Zinsen um?
- Eine Darstellung der verschiedenen Möglichkeiten zum Umgang mit den ausgegebenen Gesellschafterdarlehen sei wünschenswert.
- Zusammenfassend wünsche seine Fraktion überarbeitete Zahlen für die Haushaltsjahre 2024, 2025 und 2026.

Das Ziel sei, auf solider Basis eine gute Entscheidung noch vor der Sommerpause zu treffen.

RM Joisten stellt klar, dass die Entscheidung über die Kliniken auch aus seiner Sicht der folgenreichste Beschluss der laufenden Wahlperiode sei. Seine Fraktion wolle die Entscheidung nicht aufhalten. Der Auftrag zur weitergehenden Planung zum Zukunftsmodell müsse von der Politik erteilt werden, auch wenn aufgrund der laufenden Reformprozesse auf Bundes- und Landesebene viele Details heute abschließend nicht beurteilt werden könnten. Auf der Basis des vorliegenden Änderungsantrages sei seine Fraktion beschlussfähig: Ausbau und Erweiterung des Standortes Merheim, Aufrechterhaltung einer stationären medizinischen Infrastruktur am Standort Holweide und eine pädiatrische Versorgung am Standort Riehl. Er hoffe weiterhin auf ein gemeinschaftliches Handeln im Sinne der Gesundheitsversorgung in Köln.

RM Breite kritisiert die Haltung der SPD-Fraktion. Er halte die Vorlage in der vorliegenden Form für entscheidungsreif und bittet die Verwaltung um Sicherstellung einer engmaschigen Information des Rates über die Umsetzung der Pläne.

RM Achtelik dankt den Beteiligten und betont, der mit dem Zukunftsmodell vorgeschlagene Weg sei richtig und solle gemeinsam gegangen werden. Der Vorschlag sei entscheidungsreif, auch wenn naturgemäß noch nicht alle Daten vorliegen könnten. Den geltend gemachten Klärungsbedarf erkenne er an. Er fragt nach den Kosten, die im Beschlusstext mit 590 Mio. € und im Begründungsteil der Vorlage mit 818 Mio. € beziffert werden, und nach dem Umgang mit den Grundstücken, die mit einem Verkaufserlös von 124 Mio. € eingeplant seien. Zudem führt er aus, dass das Thema spätestens in vier Wochen final diskutiert werden sollte.

RM Boyens kritisiert die Haltung der CDU-Fraktion. Die Zeit sei ausreichend gewesen, um diese wichtige Entscheidung solide vorzubereiten und die Verwaltungsvorlage zu prüfen. Es gehe hier um einen Schaden für die Stadt von einer Milliarde €. Allein in der Amtszeit der Oberbürgermeisterin Frau Reker seien aufsummiert ungefähr 500 Mio. € an Verlusten aufgelaufen. Die Vertagung sei ein fatales Signal an die Menschen, die bei den Kliniken der Stadt Köln beschäftigt seien.

Er plädiere zudem dafür, die Grundstücke nicht zu verkaufen, sondern im städtischen Besitz zu halten und für Wohnungsbau für die Beschäftigten zu verwenden.

Frau Stadtkämmerin Professor Dr. Diemert sagt eine engmaschige Begleitung des weiteren Prozesses bei den Kliniken zu. Es werde einen jährlichen Sanierungsbericht der Geschäftsführung geben, der dem Wirtschaftsplan beizufügen und auch dem Finanzausschuss vorzulegen sei.

Der reine Investitionsbedarf für die Umsetzung des Zukunftsmodells betrage 590 Mio. €. Dazu werden sich in den kommenden Jahren weitere operative Defizite der Kliniken der Stadt Köln gGmbH ergeben, die sich im Haushalt der Stadt niederschlagen, so dass nach der Modellrechnung von Kosten in Höhe von insgesamt 818 Mio. € auszugehen sei. Diese Zahlen beruhen – wie auch in der letzten Sitzung des Finanzausschusses ausführlich dargestellt – auf einer EBITDA-Betrachtung und beinhalten somit keine Zinsen.

Bis Ende des Jahres werde die Frage beantwortet werden, wie mit den bisher erfolgten Gesellschafterdarlehen umgegangen werde, das heißt ob die Verschuldung bei den Kliniken der Stadt Köln gGmbH verbleiben solle oder der Gesellschaft ein Neustart ermöglicht werde, indem die Gesellschafterdarlehen ganz oder teilweise in Eigenkapital umgewandelt werden.

Wie hoch die Belastung des Haushaltes der Stadt tatsächlich ausfalle, sei von verschiedenen Parametern abhängig, zu denen die Zinsen und die Geschwindigkeit der Realisierung der unterstellten Synergien gehören.

Die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Köln seien nicht Folge einer Entscheidung über das Zukunftsmodell, sondern sie seien Folge des Status Quo, solange die städtische Trägerschaft bestehe, also keine Insolvenz oder Privatisierung erfolge. Denn ab 2024 könnten keine Gesellschafterdarlehen mehr ausgegeben werden, so dass die Defizite der Kliniken der Stadt Köln gGmbH unmittelbar aus dem städtischen Haushalt gedeckt werden müssen. Das Zukunftsmodell solle sicherstellen, dass das finanzielle Engagement der Stadt nicht nur dauerhaft in die Defizitabdeckung gehe, sondern in medizinische Qualität fließe.

Ohne einen Verkauf der Grundstücke in Riehl und Holweide werde die Belastung des städtischen Haushaltes um 124 Mio. € höher ausfallen. Wie in der Vorlage dargestellt, werde die Frage der Folgenutzung in Abstimmung mit der Verwaltung unter Berücksichtigung der städtebaulichen Möglichkeiten und wirtschaftlichen Auswirkungen geprüft werden. Es gebe verschiedene Möglichkeiten die Interessen der Stadt zu wahren. Die Verwaltung sei sich der Tragweite dieses Beschlusses bewusst.

Die Fragestellungen werden im Fachgespräch vertieft erläutert. Zudem stehe die Verwaltung jederzeit für weitere Fragen zur Verfügung.

Die Vorlage und der Änderungsantrag der SPD-Fraktion werden zurückgestellt.

10.6 Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln 0555/2023

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Änderungssatzung für die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln in der zu dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10.7 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche mindestens einer Investorin oder eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes 0604/2023

Der Ausschussvorsitzende lässt zunächst über die Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Nippes abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion **abgelehnt**

Dann stellt er die Beschlussempfehlung des Sportausschusses zur Abstimmung:

Beschluss in der Fassung des Sportausschusses:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt geändert zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau einer Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Es besteht ein Bedarf von 7 Zügen in der Sekundarstufe I sowie 6 Zügen in der Sekundarstufe II.

Es sind zwei Varianten der Realisierung möglich.

Variante 1: Zwei Gesamtschulen mit jeweils 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 4 Zügen in der Sekundarstufe II mit jeweils einer Dreifachsporthalle

Zur Deckung des regionalen Bedarfes an zusätzlichen Gesamtschulplätzen in Nippes sollten die beiden Gesamtschulen in unterschiedlichen Regionen verortet sein. Die Pläne zu den Suchgebieten befinden sich in der Anlage.

Gesamtschule Nippes 1:

Stadtteile Bilderstöckchen, Mauenheim, Nippes und Riehl

Gesamtschule Nippes 2:

Bereich nördlich der Hochbahntrasse und südlich der Bremerhavener Straße; das Gebiet befindet sich westlich der Neusser Straße und wird östlich vom Niehler Hafen begrenzt.

Variante 2: Eine Gesamtschule mit mindestens 7 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufe II, maximal 8 Zügen in der Sekundarstufe I und 7 Zügen in der Sekundarstufe II, sowie einer Fünffachsporthalle, maximal einer Sechsfachsporthalle

Alternativ zu zwei kleinen Gesamtschulen wird ein Standort für eine Gesamtschule mit mindestens 7 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufe II, sowie einer Fünffachsporthalle gesucht. Maximal kann auch eine Gesamtschule mit 8 Zügen in der Sekundarstufe I und 7 Zügen in der Sekundarstufe II realisiert werden. Im Falle der Realisierung einer 8/7-zügigen Gesamtschule wird eine Sechsfachsporthalle benötigt.

Das Suchgebiet ergibt sich aus den beiden Suchgebieten zur Variante 1.

Ziel ist es, ein oder zwei geeignete Grundstücke im Stadtbezirk Nippes zu finden, auf die sich das Suchgebiet beschränkt. Das oder die Grundstücke müssen für die Unterbringung einer 7/6 bis zu 8/7-zügigen Gesamtschule mit Fünffach- beziehungsweise Sechsfachsporthalle oder jeweils einer 4/4 zügigen Gesamtschule mit Dreifachsporthalle geeignet sein.

Die Variante der zwei 4/4-zügigen Gesamtschulen kann nur dann realisiert werden, wenn sich mindestens 1 geeignete*r Bewerber*in mit 2 Grundstücken oder alternativ mindestens 2 geeignete Bewerber*innen mit Grundstücken, die den Anforderungen der Ausschreibung entsprechen, finden.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt gemäß § 4 Betriebssatzung i.V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Eig. VO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung mit einem Jahresfehlbetrag von 2.169 TEUR fest. Die mittelfristige Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen. Daraus ergeben sich keine Ansprüche für die Gesellschaft.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 0,5 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10.9 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2023 im Stadtbezirk Nippes - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer 0736/2023

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von insgesamt 75.000,- EUR im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die von der Bezirksvertretung Nippes am 02.02.2023 beschlossenen Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10.10 Fahrplanwechsel 2023 - Einrichtung einer TaxiBus-Linie in Klettenberg 0811/2023

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt geändert zu beschließen:

1. Der Rat spricht sich auf Basis des Beschlusses der Bezirksvertretung Lindenthal vom 30.01.2023 (vgl. Vorlagen-Nr. [3192/2022](#)) für die Umsetzung der in der Begründung beschriebenen TaxiBus-Linie in Klettenberg zum Fahrplanwechsel im Dezember 2023 aus.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) mit der Angebotserweiterung im Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA) zu betrauen.
Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i. H. v. **2.000 Euro für 2023 und 40.000 Euro ab 2024 ff.** wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was potenziell zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen kann. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird auf das Jahr 2024 prognostiziert.
3. **Der Taxibus wird nach zwei Jahren Nutzung evaluiert. Die Evaluation ist dem Verkehrsausschuss vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10.11 Verlängerung der Anmietung des Standortes Ringstr. 38-44 in 50996 Köln-Rodenkirchen zur Unterbringung von Geflüchteten 0922/2023

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Verlängerung der Anmietung des Objektes Ringstr 38 - 44 über den derzeit bis zum 30.11.2023 vereinbarten Festmietzeitraum hinaus. Die Anmietung des Standortes mit 491 Unterbringungsplätzen wird verlängert vom 01.12.2023 bis 31.03.2025.

Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden Mietvertrag entsprechend anzupassen.

Durch die weitere und längerfristige Nutzung des Objektes ist das Objekt mit einer Internetversorgung auszustatten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10.12 Wirtschaftsplan 2023 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 1006/2023

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt gemäß § 4 Abs. 1 Buchstabe b der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i.V.m. § 4 Buchstabe b der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2023 in der beigefügten Fassung fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10.13 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen 1056/2023

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt, dass die Bühnen zur Fortführung des Bauvorhabens Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Verpflichtungen eingehen dürfen, die das bisher genehmigte Budget von 642,7 Mio. € überschreiten. Um dieses zu ermöglichen, wird das Budget um 29,5 Mio. € auf 672,2 Mio. € angehoben.

2. Der Rat verzichtet auf eine Bedarfsfeststellung, ein Vergabevorbehalt wird nicht ausgesprochen.
3. Der Rat ermächtigt die Bühnen, Kredite bis zu einer Höhe von 672,2 Mio. € für die Planungs- und Baukosten aufzunehmen. Der Rat ermächtigt die Bühnen darüber hinaus, Kredite für Bauzeitinsen in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke einstimmig zugestimmt

10.14 Projekte zur Prävention vor sexualisierter Gewalt im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Teilplan 0604, hier: Mittelfreigabe der im Rahmen des 2. VN Verwaltung zugesetzten Konnexitätsausgleichsmittel 4304/2022

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Jugendhilfeausschuss befürwortet die Unterstützung der Einrichtungen der Jugendförderung gemäß §§ 11 bis 14 SGB VIII und § 16 h SGB II bei der Erstellung und Fortschreibung von Kinderschutzkonzepten im Vorgriff auf die Vorlage des Kinderschutzentwicklungsplanes und durch entsprechende Fortbildungsangebote.

Der Jugendhilfe- und der Finanzausschuss beschließen die Freigabe der im Rahmen des Konnexitätsausgleichs im Zuge des Landeskinderschutzgesetzes bereitgestellten Mittel in Höhe von 1.500.000 Euro zur Refinanzierung wahrgenommener Aufgaben im Kinderschutz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.15 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2024
0392/2023**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Gesamtbedarf zur Durchführung der Europawahl 2024 in Höhe von 4.826.423 EUR brutto an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.16 Finanzierung der Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt als Teilprojekt der gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des Neumarkt-Areals
1232/2023**

Die Vorlage wurde ohne Votum in den Rat verwiesen.

- 10.17 Schnellbuslinie 91 zwischen Dormagen und Brühl über Köln-Worringen und Köln-Weiden West**
hier: Fortführung der Mitfinanzierung des Betriebs der Schnellbuslinie 91 (SB 91)
0810/2023

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

- 10.18 Wirtschaftsplan der Bühnen Köln für die Spielzeit 2023/24**
1005/2023

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.

- 10.19 Grundsatzbeschluss für den Neustart der Bühnen Köln am Offenbachplatz ab der Spielzeit 2024/25 auf Basis der actori-Gutachten // Langfristige Anmietung des Depots in Köln-Mülheim // Aufbau einer Tanzsparte an den Bühnen Köln**
1126/2023

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.

- 10.20 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße**
3038/2022

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Verkehrsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße in Höhe von 560.605 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der erforderlichen Instandsetzungsmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

- 10.21 Aktualisierte Bedarfsfeststellung Unterbringungsplätze für Geflüchtete**
1050/2023

Der Finanzausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

- 10.22 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Erarbeitung einer Klimaneutralitätsstrategie für den Bauhof des Amtes für Verkehrsmanagement**
1077/2023

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Mündliche Anfragen

RM Wortmann fragt zum Thema Förderung für Lastenräder:

- Wie hoch ist die Anzahl der nicht bearbeiteten Anträge aus dem Jahr 2022?
- Was geschieht mit den Anträgen, die nach Erreichen des Jahresförderlimits vorliegen?
- Ab wann können Förderanträge für das Jahr 2023 gestellt werden?

Gez. Dr. Krupp

Ausschussvorsitzender

Gez. Müller

Schriftführer